

Wie man ein gewünschtes Resultat produziert

Die Sanktionenfrage ist im Forschungsprogramm «Beziehungen Schweiz-Südafrika» unzulänglich behandelt und zu einem politisch zweckdienlichen Resultat gebraucht worden.

Mascha Madörin

«Dass die Schweiz bei den internationalen Sanktionen gegen Südafrika abseits stand, stützte zwar das Apartheid-Regime, führte aber nicht dazu, dass es länger an der Macht geblieben wäre.» So steht es im ersten Abschnitt der Pressemitteilung des Schweizerischen Nationalfonds zum Schlussbericht des Forschungsprogramm «Beziehungen Schweiz-Südafrika» (NFP 42+). Kein Satz in der Medienmitteilung ist in den Forschungsberichten weniger belegt als dieser. Trotzdem steht er am Anfang und ist von der Tagespresse entsprechend breit aufgenommen worden. Der Nationalfond hat offensichtlich nicht nur Forschungsergebnisse präsentiert, sondern in Sachen Sanktionen Politik gemacht.

Von den zehn NFP 42+-Studien befassen sich nur zwei mit dem umfangreichen Thema der Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika: die eine mit der Geschichte der Wirtschaftsbeziehungen (Bott et al.), die aber wegen der Archivsperrung Anfang der 1970er Jahre stecken geblieben ist, die andere mit den Wirtschaftssanktionen (Hefti/Staehelin-Witt). Noch weniger enthalten Studien und Schlussbericht über die Geschäftsbeziehungen der Schweizer Banken zu Südafrika in den letzten Jahren der Apartheid, obwohl diese, ökonomisch gesehen, mit Abstand die grösste Bedeutung für die Stützung des Apartheid-Regimes gehabt haben. Hefti/Staehelin-Witt analysieren die Rolle der Schweizer Banken für Südafrika nur sehr begrenzt und allzu pauschal. Dazu kommen unzulässig vereinfachte Vorstellungen darüber, wie Finanzsanktionen wirken.

Zitate statt Analysen

Die Studie von Hefti/ Staehelin-Witt kommt zum Schluss, «dass die Unterstützung der Reformen durch die [„weisse“, MM] Bevölkerung auch ohne Wirtschaftssanktionen bestanden

hätte» und zudem Finanzsanktionen im Unterschied zu den Handelssanktionen der südafrikanischen Wirtschaft kaum Kosten verursacht hätten. Neuere Aussagen des Gouverneurs der südafrikanischen Zentralbank widersprechen letzterer Aussage eindeutig. Die Studie beruft sich auf einseitig ausgewählte Untersuchungen – mit der Behauptung, deren Autoren seien renommierte Ökonomen – und enthält unverzeihliche Überlegungsfehler und Faktenlücken. Der Kern des Arguments liegt aber anderswo: in einer politischen Ansicht. Die AutorInnen argumentieren, dass sowohl der letzte Präsident des Apartheidregimes, FW de Klerk, und auch die «weisse Bevölkerung» letztlich für Reformen eintraten, weil die Apartheid wirtschaftlich nicht mehr tragbar war und immer absurder wurde. Um dies zu beweisen, zitieren sie vor allem aus der Autobiographie von de Klerk sowie aus Umfragen und behaupten, dass 1989 keine Sanktionen mehr drohten. Was eindeutig nicht stimmt.

Doppelt gemogelt hält besser

Natürlich werden sich der Nationalfonds und Georg Kreis als Autor des Schlussberichts auf die komplexere Argumentation zu Sanktionen im Schlussbericht berufen, wie sie in verschiedenen Kapiteln aufscheint. So werden mehrere Studien zu Sanktionen zitiert, wobei deren Aussagen nicht schlüssig sind. Doch in seinen zusammenfassenden Schlussfolgerungen beruft sich Kreis nur noch auf die Studie Hefti/Staehelin-Witt und lässt etwas als klar erscheinen, was nicht klar ist. In der Medienmitteilung des Nationalfonds ist diese erschlichene Klarheit noch klarer geworden: ein eindeutiges, an erster Stelle zu nennendes wissenschaftliches Forschungsergebnis.

Christoph Hefti/ Elke Staehelin-Witt: Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika während der Apartheid. Die Wirkung der offiziellen Handels- und Finanzsanktionen und der Einfluss der Schweizer Politik, Basel 2005, 159 Seiten.